

Sofortinformation über die Beratung des Parteirates der Partei Die Linke am 26./27. September 2026

Der Parteirat kam am 26. und 27. September 2026 zu seiner dritten Beratung in diesem Kalenderjahr in Berlin zusammen.

Zunächst widmete sich das Gremium, wie immer zu Beginn einer jeden Beratung, den Formalien. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt und eine aktualisierte Tagesordnung beschlossen.

Erster inhaltlicher Schwerpunkt des Wochenendes war die Arbeit des Parteivorstandes. Parteivorsitzende Ines Schwerdtner und Bundesgeschäftsführer Janis Ehling berichteten stellvertretend für den gesamten Parteivorstand. Themen ihrer Redebeiträge waren die Wahlnachlese zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin (an dieser Stelle dankten beide den Genoss*innen der wahlkämpfenden Länder für ihr Engagement und ihren Einsatz im Wahlkampf), der Landesparteitag des Berliner Landesverbandes am vorherigen Freitag, die aktuelle Schmutzkampagne der Medien und politischen Gegner*innen gegen uns, das Erstarken der AfD bei allen Wahlen und die Sozialproteste.

Nach einem allgemeinen Austausch zur Arbeit des Parteivorstandes konzentrierte sich der Parteirat in einem gesonderten Tagesordnungspunkt auf die bundesweiten Sozialproteste. Bundeskanzler Friedrich Merz hat deutlich gemacht, dass er an seinen Plänen einer „Reform“, die nichts weiter ist als ein Kürzungsprogramm, festhält. Umso wichtiger ist es, Seite an Seite mit der besorgten und unzufriedenen Bevölkerung auf die Straßen zu gehen und laut zu sein. Da thematisch passend, rief das Parteipräsidium nach einem Austausch zu den Sozialprotesten zwei überwiesene Anträge des Potsdamer Parteitages auf. Der Antrag P.08 zu einer Handreichung zum Aufbau einer Sozialberatung vor Ort wurde mehrheitlich angenommen, der Antrag G.17 „Auf die Barrikaden gegen Sozialkahlschlag – Gegen Klassenkampf von oben braucht es Klassenkampf von unten“ mehrheitlich abgelehnt.

Nach einer Mittagspause widmete sich der Parteirat dem Themenschwerpunkt der Industriepolitik. In Vorbereitung der Beratung wurden die Mitglieder gebeten, sich in ihren Strukturen, also den Landesverbänden und bundesweiten Zusammenschlüssen, darüber auszutauschen. Dabei sollten sie sich die folgenden drei Fragen stellen:

1. Wie wird das Papier der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zur Industriepolitik in eurem Landesverband/Zusammenschluss diskutiert?
2. Welche Aspekte möchtet Ihr in die industriepolitische Diskussion dazu zusätzlich einbringen?
3. Was fehlt in eurem Landesverband/Zusammenschluss an Wissen, an Fortbildung und an Debattenformaten zur Linken-Industriepolitik?

Die Antworten wurden in Arbeitsgruppen zusammengetragen und in einer darauffolgenden Debatte mit Stefan Hartmann, der stellvertretend für die gesamte Fraktionsvorsitzendenkonferenz digital zugeschaltet war, ausgetauscht. Er berichtete außerdem von den Vorhaben, eine linke Linie zum Thema Industriepolitik zu finden, besonders bei kontrovers diskutierten Themen wie der Wachstumsfrage, und bot den Ländern an, den Prozess zu begleiten, sofern dies gewünscht sei.

Im weiteren Verlauf behandelte der Parteirat am Nachmittag den überwiesenen Parteitagsantrag P.17, der die Einführung eines bundesweiten Newsletters der Zusammenschlüsse beantragte. Der Antrag wurde nach einem Austausch mehrheitlich abgelehnt.

Letzter großer inhaltlicher Schwerpunkt am ersten Beratungstag waren die vergangenen Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Inputs aus den einzelnen Landesverbänden lieferten Leya Kallenbach für Sachsen-Anhalt, Christian Albrecht für Mecklenburg-Vorpommern, der

extra seine Teilnahme an den Sondierungsgesprächen unterbrach, um dem Parteirat zu berichten, und Hans Kromrey für Berlin.

Themen des Berichtes aus Sachsen-Anhalt waren der Haustürwahlkampf, die Herausforderung, die Neumitglieder im Wahlkampf zu mobilisieren und einzubeziehen, die Wahlkampfveranstaltungen mit Heidi Reichinnek und den Silberlocken Gregor Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch, die Campact-Kampagne zum taktischen Wählen, die Wähler*innenwanderung und zuletzt das niederschmetternde Ergebnis am Ende eines engagierten Wahlkampfes, das in keinsten Weise den Einsatz der Wahlkämpfenden widerspiegelte.

Themen des Berichtes aus Mecklenburg-Vorpommern waren das Interesse der Menschen an linker Politik im Land, welches sich auch durch Schlangen an den Infoständen widerspiegelte, der Personenwahlkampf durch die Strategie der SPD mit Manuela Schwesig, der „Frau gegen Blau“, der wenig inhaltlichen Wahlkampf zuließ, unsere Schnittmengen mit der SPD im Wähler*innenpotenzial, die Prognosen während des Wahlkampfes, die deutlich besser ausfielen als das schlussendliche Ergebnis, auch hier die Campact-Kampagne zum taktischen Wählen und die Herausforderung der Neustrukturierung und personellen Veränderungen im Landesverband, da Die Linke nun nur noch durch fünf Abgeordnete im Landtag vertreten wird.

Themen des Berichtes aus Berlin waren der Wahlsieg im Allgemeinen und die Freude darüber, dass Die Linke Berlin ihr bisher bestes Ergebnis erzielen konnte, der Zugewinn in allen Bezirken, selbst im Westen der Stadt, die 26 gewonnenen Direktmandate, die Größe unserer Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (47 Personen) und die damit verbundenen künftigen Mittel und personellen Ressourcen. Das Ergebnis in Berlin konnte durch die große Unterstützung aus der Stadt, die gute Wahlstrategie und Elif Eralp als Bürgermeisterinnenkandidatin sowie den klaren Fokus auf drei Themen (Mieten/Bezahlbarkeit, öffentlicher Personennahverkehr und Müllentsorgung) erzielt werden.

Ergänzend zu den drei Berichten aus den Ländern berichtete Bundesgeschäftsführer Janis Ehling aus bundespolitischer Sicht. Es muss eine Strategie entwickelt werden, wie Die Linke weg vom Großstadtpartei-Image zu einer Partei werden kann, die alle potenziellen Wähler*innen auch außerhalb von urbanen Milieus abholt. Hier bedarf es Wahlkampagnen und Themensetzungen, die auch flächendeckend funktionieren. Für die kommenden fünf Landtagswahlen im Kalenderjahr 2027 sicherte er im Namen des Parteivorstandes allen wahlkämpfenden Ländern Unterstützung zu. Erste vorbereitende Gespräche finden bereits statt.

Der erste Beratungstag endete mit einem Get-together bei Pizza und Getränken.

Zu Beginn des zweiten Beratungstages setzte der Parteirat den Tagesordnungspunkt zur Auswertung vergangener Wahlen fort und begrüßte Hilke Hochheiden, die Landesvorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, die von den Kommunalwahlen berichtete. Themen ihres Berichtes waren der landesweite Erfolg mit durchschnittlich 6 %, eines der besten Ergebnisse, das Die Linke bei Kommunalwahlen in Niedersachsen je erreicht hat, die durch die vielen Neumitglieder entstandene Möglichkeit in jeder Kommunalstruktur angetreten zu sein, die Schwerpunkte der Wahlkampagne soziale Sicherheit und Bezahlbarkeit, der polarisierende Wahlkampf, besonders in den Flächen, gegen rechts, die Zunahme von Beschimpfungen unserer Genoss*innen beim Wahlkampf und die Vandalismusschäden an unseren Plakaten und abschließend die Notwendigkeit, die neuen Mandatsträger*innen zu schulen, zu vernetzen und zu fördern.

Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes gab es einen Antrag zu den Sitzungsorten des Parteirates. Dieser beinhaltete, künftig eine der beiden Präsenzberatungen nicht in Berlin, sondern in einer zentraler gelegenen Stadt durchzuführen. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Mündlich informierte Bundesgeschäftsführer Janis Ehling den Parteirat über den aktuellen Stand des Programmprozesses. Der Parteivorstand rief Arbeitsgruppen zu verschiedenen Schwerpunktthemen ein, die ihre Arbeit aufnehmen und zu digitalen Auftaktveranstaltungen einladen bzw. einladen. Außerdem wurden Musterveranstaltungen und Formulare für Kreisverbände erstellt, die auf der

Homepage abgerufen werden können. Ziel ist es, die Ergebnisse der Kreise in die Arbeit der Arbeitsgruppen einfließen zu lassen. Alle Infos zum Prozess und die Termine können auf der Homepage eingesehen werden: [Programmdebatte: Die Linke Programmprozess](#)

Ein weiterer großer Themenschwerpunkt der zweitägigen Beratung war Europapolitik. Ähnlich wie zum Tagesordnungspunkt Industriepolitik waren die Parteiratsmitglieder vom Präsidium gebeten worden, sich auf folgende drei Fragen vorzubereiten:

1. Welche Schwerpunktthemen, bezogen auf die EU, werden in Eurem Landesverband/Zusammenschluss diskutiert?
2. Welche langfristigen Ziele für die EU werden bei Euch debattiert?
3. Was fehlt in meinem Landesverband/Zusammenschluss an Wissen, an Fortbildung, an Debattenformaten zur Linken-EU-Politik?

Die Antworten wurden in Arbeitsgruppen zusammengetragen und in einer darauffolgenden Debatte mit Helmut Scholz als Mitglied der AG Europa des Parteivorstandes und MdEP Martin Günther ausgetauscht.

Helmut Scholz berichtete außerdem vom geplanten Beschluss des Europäischen Rates zum mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union von 2028 bis 2034. In diesem Zusammenhang stellt sich für die europäischen linken Parteien die Frage, wie wir diesen Prozess politisch begleiten und gemeinsam gestalten wollen. Dabei geht es nicht allein um die konkrete Ausgestaltung des nächsten Finanzrahmens, sondern um die grundsätzliche Frage, welche politische Vision wir für Europa haben und welchen Beitrag eine starke Linke in den europäischen Institutionen dazu leisten kann. Vor diesem Hintergrund ist auch der Erneuerungsprozess der Europäischen Linken von zentraler Bedeutung. Entscheidend ist, wie die Zusammenarbeit der europäischen linken Parteien politisch gestärkt und auf eine breitere Grundlage gestellt werden kann. Gleichzeitig muss der Erneuerungsprozess der Europäischen Linken als gemeinsamer Prozess verstanden werden, an dem die gesamte Partei teilhaben kann. Es stellt sich daher die konkrete Frage, wie ein solcher Teilhabeprozess innerhalb der Partei gestaltet und dauerhaft verankert werden kann. Ziel sollte sein, europäische Politik nicht nur in einzelnen Gremien zu diskutieren, sondern sie zu einem gemeinsamen politischen Arbeitsfeld der gesamten Partei zu machen.

Der vom Parteitag an den Parteirat überwiesener Antrag P.33 „Für eine starke geeinte Linke in Europa“ wurde mit nur einer Enthaltung und keiner Gegenstimme mit großer Mehrheit angenommen.

Zuletzt befasste sich der Parteirat mit weiteren überwiesenen Anträgen des Parteirates rund um das Themenfeld Tierschutz und Tierrechte. Hierbei fanden die Anträge G.12 „Private Nutzung von Feuerwerkskörpern, Tieren und Umwelt bundespolitisch flankieren“ und G.13 „Zirkusse tierfrei gestalten (Verbot der Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben)“ die Mehrheit und wurden beschlossen.

Die weiteren überwiesenen und behandelten Anträge G.10 „Abschaffung von Zoos und Entwicklung eines Ausstiegsplans zum Schutz der Tiere“ sowie G.11 „Gegen die Ausbeutung von Pferden im hochleistungs- und wettkampforientierten Reitsport und der Wettindustrie“ fanden keine Mehrheit und wurden abgelehnt.

Die nächste und letzte Beratung des Parteirates in diesem Kalenderjahr findet am 21./22. November digital statt.

28. September 2026

Präsidium des Parteirates:

Gunhild Böth, NRW

Martin Günther, Brandenburg

Suzana Kamperidis, Hamburg

Carsten Labudda, BAG Kommunalpolitik

Luisa Mayer, linksjugend solid

Hermann Schaus, Hessen